

„Nur direkte Demokratie hilft“

Das Leben in einer lebendigen Stadt setzt für Angelika Pilz-Strasser, die Vorsitzende des Bezirksausschusses Bogenhausen, frühzeitige und ehrlich gemeinte Bürgerbeteiligung voraus – vor allem bei großen Bauvorhaben und Verkehrsprojekten

INTERVIEW: ULRIKE STEINBACHER

Bogenhausen – Ziegelei Deck, Fidelio-park, Arabellastraße: An vielen Stellen in Bogenhausen ragen Baukräne in den Himmel. Andersorts, wie vor dem HDI-Block in Engelschalking oder am Digitalgelände in Johanneskirchen, rollen sie bald an. Der Trend wird sich die nächsten Jahre noch verstärken, denn im 13. Stadtbezirk sind viele große Neubaugebiete geplant – sei es der Prinz-Eugen-Park in Oberföhring oder das Wohngebiet östlich der S 8-Trasse. Damit nicht über die Köpfe der Anwohner hinweg entschieden wird, setzt sich der Bezirksausschuss Bogenhausen immer wieder dafür ein, die Bürger bei der Planung einzubeziehen. Die Vorsitzende Angelika Pilz-Strasser (Grüne) erklärt, warum ihr das so wichtig ist.



SZ-Serie

SZ: Was verstehen Sie unter dem Begriff Bürgerbeteiligung?

Angelika Pilz-Strasser: Angelehnt an Winston Churchill halte ich die Demokratie für die beste aller praktizierten Staatsformen. Nur direkte Demokratie hilft, die gefährliche Politikverdrossenheit abzubauen. Dazu ist es notwendig, alle betroffenen und alle interessierten Menschen einzubinden, wenn es um Bauvorhaben oder Verkehrsprojekte geht. Bürgerbeteiligung bedeutet, genau zu informieren über Pläne, Alternativen und Visionen, über Notwendigkeiten und Auswirkungen. Und zwar über die positiven und negativen. Bürgerbeteiligung heißt vor allem, dass Menschen ihre Stadt mitgestalten wollen und dürfen.

Warum ist das so wichtig?

Weil wir als Stadtgesellschaft gemeinsam über die großen Anforderungen der nächsten Jahre entscheiden wollen. Nur so entsteht eine lebendige Stadt mit aktiven und zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern.

Im Nordosten Bogenhausens ist ein großes neues Wohnviertel für mindestens 10 000 Menschen geplant. Die Bagger kommen in fünf bis zehn Jahren, aber die erste Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung fand schon vergangenen Juli statt. Ist ein so langer Vorlauf sinnvoll?

Auch wenn die Bagger erst später rollen, jetzt werden die Pflöcke eingeschlagen.



Grüne Idylle: Mit dem geplanten neuen Wohngebiet wird sich der ländliche Nordosten verändern. Die Bürger sollen nach dem Willen von Stadtviertelpolitikerin Angelika Pilz-Strasser bei der Gestaltung mitreden dürfen. FOTO: RENATE SCHMIDT

Bürgerbeteiligung hat dann Sinn, wenn Projekte am Anfang stehen. In den nächsten drei Jahren wird sich entscheiden, wie das neue Stadtviertel aussehen wird, wie viel Grün, Infrastruktur, Kultur integriert werden und ob wir das Gebiet „verwalten“ oder ein ambitioniertes nachhaltiges visionäres Stadtviertel schaffen, das Vorbild für modernen Städtebau in Europa sein wird.

Können die Leute ihre Vorstellungen überhaupt einbringen, wenn man ihnen noch nicht mal genau sagen kann, wo und was gebaut werden soll?

Die Veranstaltung im Juli hat die Umriss zeigt und die Arbeit der Gutachter vorgestellt. Die haben – noch bevor sie den ersten Buchstaben schreiben – wahrgenom-

men, was die Bürgerinnen und Bürger gesagt haben. Das fließt in die Gutachten ein. **Schrecken so lange Zeitspannen Interessierte nicht doch ab, nach dem Motto: Da ist ja eh noch gar nix klar, da komm ich in fünf Jahren wieder?**

Es muss heißen: lieber zu früh als zu spät. Die Bürgerbeteiligung braucht genauso viel Geduld wie das Vorhaben. Wer von Anfang an mitreden will, muss abwarten können, bis Gutachten ordentlich erstellt werden und sich dann die Zeit nehmen, die Ergebnisse ausführlich darzustellen und zu diskutieren. Natürlich kann man aber auch einsteigen, wenn es konkreter wird. **Die Leute werden aber auf Bauprojekte oft erst aufmerksam, wenn die ersten Arbeiter Zäune errichten. Dann wollen sie**

unbedingt noch verhindern, was ihnen nicht gefällt. Dabei ist die Planungsphase längst abgeschlossen, die Möglichkeit vorbei, Einwände vorzutragen. Kann man die Leute dann noch für eine geordnete Bürgerbeteiligung gewinnen?

Je weiter ein Projekt gediehen ist, umso schwerer ist es, auf die Grobplanung Einfluss zu nehmen. Es ist ganz entscheidend, bei einem Teilnahmeverfahren genau zu benennen, was noch verändert werden kann. Es ist die Aufgabe des Stadtrates und der Referate, so früh wie möglich, also dann, wenn wirklich geplant wird, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

In der Vergangenheit gab es auch in Bogenhausen misslungene Versuche mit Bürgerbeteiligung. Gegen den Wohnkom-

plex an der Brodersenstraße in Engelschalking zum Beispiel machte eine Bürgerinitiative mobil, die dann nicht akzeptierte, dass das Projekt doch vom Stadtrat genehmigt wurde. Der Bezirksausschuss organisierte vor dieser Entscheidung einen Infoabend. Was wollten Sie damit erreichen?

Die Planung des Wohnkomplexes an der Barlowstraße ist für mich das traurige Beispiel einer ungenügenden Beteiligung. Zur Anwendung kam dort das sogenannte vereinfachte Verfahren, „in dem von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (1. Stufe) abgesehen werden kann ... , wenn die Auswirkungen auf die Umgebung gering beziehungsweise nicht vorhanden sind“. Das ist dort eindeutig nicht der Fall. Der Bezirksausschuss 13 wollte mit dem Infoabend wenigstens die Sachlage darstellen und das Gespräch mit den Referaten ermöglichen.

„Ich halte unsere Arbeit für sehr wichtig, wir haben die Kompetenz vor Ort.“

Anderer Fall: Am Verkehrskonzept für das Neubaugebiet Prinz-Eugen-Park arbeiteten viele Nachbarn mit. Sie verständigten sich mit der Stadtverwaltung auf einen Vorschlag. Der Stadtrat beschloss aber dann ein anderes Modell. Das vergrätzte die Bürgerinitiative nachhaltig, sie reichte Klage ein. Wie bringen Sie Bürger, die so ins Abseits gestellt werden, dazu, sich niemals wieder zu engagieren?

Den Fall sehe ich ganz anders: In fünf Veranstaltungen haben Bezirksausschuss und Planungsreferat ausführlich und mit viel Information mit den Bürgerinnen und Bürger diskutiert. Sowohl der Wunschvorschlag wie auch der Kompromiss waren Ergebnis dieser Abende. Der Stadtrat hat letztendlich den Kompromiss gewählt, weil neben den verständlichen Wünschen der Bürgerinitiative dort auch die Situation der Menschen an der Cosimastraße beachtet werden musste, die jetzt schon viel Verkehr zu ertragen haben. Bürgerbeteiligung kann nicht heißen, dass alle Wünsche erfüllt werden, und die Enttäuschung bei einer Sache muss nicht bedeuten, dass man kein Interesse hat, sich anderweitig einzubringen.

Kann der Bezirksausschuss die Bürger wirklich mitnehmen? Ist er nicht oft genug selber außen vor?

Ich halte unsere Arbeit für sehr wichtig, wir haben die Kompetenz vor Ort und engagieren uns für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in unserem Viertel. So gesehen haben wir oft zu wenig Einfluss. Aber es wird besser, der Stadtrat möchte uns mehr Rechte geben, und das Verfahren zur Bebauung östlich der S 8 zeigt, dass unser Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung ernst genommen wird.